



Pressemitteilung

Pressereferat

der Landeshauptstadt Wiesbaden
Schlossplatz 6 · 65183 Wiesbaden
E-Mail: pressereferat@wiesbaden.de
<http://www.wiesbaden.de/presse>

24. Juli 2020

Gesellschaft & Soziales, Homepage, Kinder & Jugend

„Echte Kindergrundsicherung, mehr Ganztagschulen und Wiesbadener Weg konsequent fortsetzen“

Die Bertelsmann-Studie „Kinderarmut in Deutschland“, die in dieser Woche veröffentlicht wurde, kam zu dem Ergebnis, dass Kinderarmut seit Jahren eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen in Deutschland ist und die Corona-Krise drohe, das Problem zu verschärfen. Sozial- und Bildungsdezernent Christoph Manjura fordert deshalb „eine echte Kindergrundsicherung im Bund, mehr Ganztagschulen in Hessen und, den Wiesbadener Weg konsequent fortzusetzen“.

„Wir brauchen eine Kindergrundsicherung in Deutschland“, fordert Manjura. „Arme und von Armut bedrohte Kinder brauchen eine bessere finanzielle Absicherung und gleichzeitig mehr finanziellen Spielraum um bei Bildungs-, Freizeit- und Kulturangeboten mithalten zu können. Dazu zählt, wie wir ganz aktuell bei Corona feststellen müssen, zum Beispiel auch der Internetzugang“, zählt Manjura die Gründe für die Handlungsnotwendigkeiten auf Bundesebene auf. Gleichzeitig gelte es, die Familien, aber auch die Behörden selbst, in der Beantragung und Administration von Leistungen zu entlasten. „Leistungen aus einer Hand, statt die parallele Beantragung von SGB II, Kindergeld und Unterhaltsvorschuss – die wiederum untereinander aufgerechnet werden – würde vielen Alleinerziehenden das Leben leichter machen“, stellt der in Wiesbaden für das Jobcenter und die Jugendhilfe zuständige Dezernent fest.

Ein weiterer sehr wichtiger Aspekt sei der Ausbau echter Ganztagschulen, insbesondere

für Kinder bis zwölf Jahren. Hier sieht Manjura das Land Hessen verstärkt in der Pflicht. „Wenn wir das Thema Kinderarmut und gleiche Bildungschancen für alle kraftvoll angehen wollen, brauchen wir einen spürbaren Ruck in Hessen beim Ausbau der Ganztagsangebote“, fordert Manjura. Diese müssten kostenfrei und zumindest bis 15 Uhr in gebundener Form stattfinden. „Unter dem Siegel der Wahlfreiheit schiebt die Landesregierung jegliche Verantwortung auf die einzelnen Schulen ab, während die Mittelausstattung für die zur Verfügung stehenden Ganztagsangebote im sogenannten Pakt für den Nachmittag leider unzureichend ist. So kommen wir nicht voran“, stellt Manjura ernüchtert fest.

Auch die eigene Stadt sieht Manjura trotz des Rückgangs der Kinderarmutsquote von 23,3 in 2014 auf 21,4 Prozent in 2019 weiter in der Pflicht. „Wir haben in den letzten Jahren, dankenswerterweise auch mit großer Unterstützung der Stadtverordnetenversammlung, viel Gutes auf den Weg gebracht: So finden in Wiesbaden flächendeckend Willkommensbesuche statt, die Elternbildungsangebote wurden massiv ausgebaut, die Kinder-Eltern-Zentren werden mehr Ressourcen erhalten, der Ausbau der Betreuungsplätze hat wieder an Fahrt aufgenommen und die Schulsozialarbeit nimmt zum kommenden Schuljahr ihre Arbeit an drei der fünf Realschulen auf. Mit dem Ausbau der offenen Angebote für Jugendliche, den internationalen Jugendbegegnungen und dem Handlungsprogramm ‚Jugend ermöglichen‘ haben wir auch diese Altersgruppe als Magistrat und Stadtpolitik fest im Blick. Hier darf es jetzt keinen Corona-bedingten Dämpfer geben, sondern ein jetzt-erst-recht“, blickt Manjura abschließend auf die bald folgenden Beratungen zum Haushalt 2021.

+++